



Niederschrift

Nr. 6 / DH  
öffentlich

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND  
UMWELT

am Donnerstag, 03.04.2014, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

Dauer: von 17:00 bis 21:10 Uhr  
Sitzungs- von 20:45 Uhr bis 20:48 Uhr  
unterbrechung:

Öffentlich: von 17:00 bis 20:45 Uhr  
Nichtöffentlich: von 20:48 bis 21:10 Uhr

**Mitglied**

Elga Burkhardt  
Markus Gericke (ab 17.20 Uhr, TOP 1)  
Roland Glasbrenner  
Peter Griesmaier  
Dr. Hans Ulrich Jordan  
Dieter Juranek (ab 17.05 Uhr, TOP 1)  
Harald Lettrari  
Margit Liepins  
Thomas Lutz  
Claus-Dieter Meyer  
Helga Schneller (bis 21.05 Uhr, TOP 18)  
Dr. Ingo Schwytz  
Elfriede Steinwand  
Werner Striegel

**Protokollführung**

Daniela Häfner

## TAGESORDNUNG

TOP	Betreff	Vorl.Nr.
<b>ÖFFENTLICH</b>		
1	Zentrale Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg (ZIEL) Vergabebeschluss zur Beauftragung eines Verkehrsgutachters für die Weiterentwicklung des Verkehrskonzepts Innenstadt aus dem Jahr 2008	111/14
2	Städtebaulicher Ideenwettbewerb "Entwicklungsbereich Ost/Oßweil" - Öffentlichkeitsbeteiligung und Überarbeitungsphase	113/14
2.1	- Antrag der FDP-Stadträte Dr. V. Heer und J. Heer vom 08.11.2006	649/06
2.2	- Antrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2009	567/09
2.3	- Antrag des Stadtteilausschusses vom 15.11.2011	507/11
2.4	- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.04.2012	146/12
2.5	- Antrag des Stadtrats Lettrari (Republikaner) vom 23.11.2012	608/12
2.6	- Antrag des Stadtrats Lettrari vom 13.12.2012	633/12
2.7	- Antrag des Stadtrats Lettrari vom 13.12.2012	634/12
2.8	- Antrag des Stadtrats Lettrari vom 13.12.2012	635/12
3	Kinder- und Familienzentrum Poppenweiler, Erdmannhäuser Straße 7-9, Außenanlagen Entwurfs- und Baubeschluss Vergabe von Planungsleistungen	096/14
3.1	- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.01.2014	002/14
4	Baugebiet Neckarterrasse Neubau öffentlicher Kinderspielplatz Entwurfs- und Baubeschluss	094/14
5	Kinderspielplatz Heilbadweg, Komplettsanierung Bau- und Vergabebeschluss	108/14
6	Erweiterung Kindertagesstätte Reichertshalde 51, Außenanlagen Entwurfs- und Baubeschluss Vergabe von Planungsleistungen	091/14
7	Wohnpark Hartenecker Höhe, Cäsar-von-Hofacker-Anlage, BA 2 Vergabebeschluss der Tief- und Straßenbauarbeiten und der landschaftsgärtnerischen Arbeiten	095/14
8	Sanierung Bunzstraße - Bautechnischer Entwurfsbeschluss -	110/14
9	Belagssanierung Frankfurter Straße - Bau- und Vergabebeschluss	106/14

10	Generalsanierung Schulgebäude Alleenstraße 17-21 (bisher Pestalozzischule) und Umbau zur Gemeinschaftsschule Innenstadt - Vergabe Gewerk "Tischlerarbeiten Einbaumöbel" - Vergabe Gewerk "Laborausstattung Fachräume"	109/14
11	Aktivitäten zur Verbesserung des Stadtklimas	055/14
12	Städtisches Immobilienportfolio - Mündlicher Bericht - Obdachlosenunterkunft, Ersatzstandort für Gänsfußallee 33	
12.1	- Antrag der FW-Fraktion vom 20.11.2013	465/13
13	Energieeinsparungen in städtischen Gebäuden	
13.1	- Antrag der CDU Fraktion vom 20.11.2013	442/13
13.2	- Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 20.11.2013	488/13
14	TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung	

TOPs 15 bis 18 NICHT ÖFFENTLICH

**Beschluss:**

1. Die Beauftragung eines Verkehrsgutachtens für die Weiterentwicklung des Verkehrskonzeptes Innenstadt aus dem Jahr 2008 wird an das Büro Hupfer Ingenieure GmbH, Hauptstraße 9a, 76889 Niederhorbach auf der Basis des Angebots vom 24. Februar 2014 mit einer Verfügungssumme in Höhe von 90.000,- € vergeben.
2. *abgelehnt*

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 6 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

**Beratungsverlauf:**

Vor Eintritt in die Tagesordnung lässt BM **Ilk** über den Antrag von Stadtrat **Glasbrenner** abstimmen, wonach die Sitzung spätestens gegen 21.00 Uhr beendet werden solle.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Mit Verweis auf die Vorl. Nr. 111/14 blickt Herr **Lehmpfuhl** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) zurück auf die ursprüngliche Ausgangslage der Zentralen Innenentwicklung Ludwigsburg (ZIEL). Aus der heraus seien unter Bezugnahme auf die Masterpläne erste Verkehrserhebungen durchgeführt und Konzepte entwickelt worden. Des Weiteren erinnert er an den Beschluss des Gemeinderates vom 26.06.2013, wonach die Verwaltung beauftragt worden sei, die verkehrliche Konzeption in den Bereichen Schiller- und Arsenalplatz, sowie der Straßenräume im engeren Umfeld des Schillerplatzes, weiter zu entwickeln und die hierfür erforderlichen Untersuchungen und Variantenbetrachtungen einzuleiten.

Im Anschluss geht Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) auf die Notwendigkeit des Verkehrsgutachtens ein und erläutert die in der Vorlage genannten Gründe. Darüber hinaus benennt er die Inhalte des Arbeitsprogramms, auf dessen Grundlage die angefragten Büros ihre Angebote abgegeben hätten und berichtet über das Ergebnis der Ausschreibung. Er schließt mit der Empfehlung der Verwaltung, das Büro Hupfer Ingenieure aus Niederhorbach mit der Erarbeitung der Verkehrsuntersuchung zu beauftragen.

öffentlich

---

Stadtrat **Meyer** freut sich darüber, dass es mit der Zentralen Innenstadtentwicklung Ludwigsburg (ZIEL) vorangehe. Aus Sicht seiner Fraktion gebe es jedoch wichtige Eckpunkte, die es bei der Entwicklung des Verkehrskonzeptes zu beachten gelte. Dies sei unter anderem die Erreichbarkeit der Innenstadt sowohl über die Ost-West- als auch über die Nord-Süd-Verbindung, die Ausgestaltung des Schillerplatzes unter Berücksichtigung des Rad- und Busverkehrs sowie die Überlegungen zum Einbahnstraßenverkehr in der Myliusstraße. Mit der Vergabe an das Büro Hupfer könne sich seine Fraktion nicht einverstanden erklären. Stattdessen plädiere man dafür, das Büro IGV zu beauftragen, zumal die Angebotssumme nur unwesentlich höher sei und zusätzlich einen Workshop enthalte. Dem Beschlussvorschlag unter Ziffer 2 könne seine Fraktion ebenfalls nicht zustimmen, da momentan keine Notwendigkeit dafür bestehe, einer pauschalen Vergabe zuzustimmen. Sollten noch weitere Aufträge erforderlich sein, so sollte darüber ebenfalls im Ausschuss beraten werden.

Das Thema ZIEL sei für die Zukunft der Stadt von großer Bedeutung, merkt Stadtrat **Juranek** für seine Fraktion an. Deshalb sei es wichtig, gute und fundierte Grundlagen dafür zu haben. Neben dem jetzt zur Vergabe anstehenden Verkehrsgutachten sei dies auch die Untersuchung des Baugrundes. Seine Fraktion könne der Vorlage grundsätzlich zustimmen. Man sei sich außerdem einig darüber, dass eine eventuelle Tiefgarage am besten im Archivhof untergebracht wäre. Eine Tiefgarage unter den Plätzen bedeute eine zu große Einschränkung in der Platzgestaltung. Die Erschließung sollte dabei von außen erfolgen, um den Verkehr nicht zu weit in die Innenstadt zu ziehen. In diesem Zusammenhang bemängelt er, dass das Zeughaus nach außen hin aussehe, als stünde es leer. Er bitte deshalb darum, mit dem Land zu verhandeln, die die Fenster verklebt hätten, um das Gebäude als Archiv nutzen zu können.

Nach Ansicht von Stadtrat **Glasbrenner** handle es sich um einen zentralen Innenstadtbereich, bei dem es sowohl planerisch als auch in der Umsetzung rasch vorangehen müsse. Dies werde daher auch von seiner Fraktion unterstützt. Allerdings würden die Probleme nicht dadurch gelöst, dass alle sechs bis sieben Jahre neue Verkehrsgutachten erstellt würde. Da es so viele unterschiedliche Lösungsansätze und Möglichkeiten gebe, sei es unbedingt erforderlich, zunächst grundsätzliche Überlegungen anzustellen. Dabei müsse überlegt werden, wie die künftige Verkehrsregelung des Schillerplatzes aussehen solle, wo gegebenenfalls eine Tiefgarage geplant werden könne, wie mit dem Arsenalplatz und dem Zeughausplatz umgegangen werden solle und vieles mehr. Er macht deutlich, dass seine Fraktion gegen eine zusätzliche Tiefgarage und mehr Verkehr in der Innenstadt sei. Er schlage deshalb vor, sich zunächst auf eine kostengünstigere Fortschreibung der zuletzt erhobenen Zahlen zu beschränken um dann die erforderlichen Grundsatzentscheidungen treffen zu können. Seine Fraktion könne der Vorlage daher nicht zustimmen.

Stadtrat **Gericke** falle es schwer, so viel Geld auszugeben für etwas, von dem er nicht wisse, wie es konkret ablaufen solle. Klar sei, dass fundierte Grundlagen gebraucht würden, um weitergehende Entscheidungen treffen zu können. Dabei spielten aber auch die im Rahmen der Bürgerbeteiligung eingegangenen Bedenken und Anregungen eine große Rolle und müssten im weiteren Verfahren unbedingt beachtet werden. Für seine Fraktion mache der mögliche Wegfall von Stellplätzen auf dem Arsenalplatz eine zusätzliche Tiefgarage nicht zwingend notwendig. Zunächst müsste seiner Meinung nach überprüft werden, wieviel freie Kapazität die bereits vorhandenen Tiefgaragen noch böten. Darüber hinaus könne es nicht sein, dass der Schillerplatz als reine Tiefgaragenzu- und abfahrt genützt würde. Insgesamt solle eine Aufwertung der Plätze mit mehr Grün in der Innenstadt stattfinden. Für seine Fraktion stelle sich die Frage, ob so

öffentlich

---

umfangreiche Untersuchungen, wie sie jetzt von der Verwaltung vorgeschlagen würden, überhaupt notwendig seien oder ob eine Fortschreibung früherer Erhebungen nicht ausreichend sein könnte.

Aus Sicht seiner Fraktion müsse das Thema unbedingt angegangen werden, macht Stadtrat **Dr. Jordan** deutlich. Zunächst müssten aber gewisse politische Entscheidungen getroffen werden. Unklar sei, welche Informationen fehlten, um dies tun zu können. Er fordere daher, dass die Ergebnisse der Verkehrserhebung vom Oktober 2013 und die Kapazitätsuntersuchung der vorhandenen Tiefgaragen zur Verfügung gestellt würden. Sollte sich jedoch eine Mehrheit für die Vorlage abzeichnen, so plädiere seine Fraktion dafür, ein anderes Büro mit der Untersuchung zu beauftragen, um andere Ideen und Gedanken mit einzubringen. Denkbar wäre das Büro IGV.

Stadträtin **Burkhardt** weist darauf hin, dass seit der letzten Diskussion um dieses Thema bereits sechs Jahre vergangen seien und führt die zwischenzeitlich stattgefundenen Veränderungen aus. Darüber hinaus gebe es neue gesetzliche Vorgaben, die zu beachten seien. Sie bedaure, dass hier bisher keine Kombination stattgefunden habe. Außerdem fehle im Beschlussvorschlag die Darstellung neuer Ziele. Sie macht deutlich, dass eine zusätzliche Tiefgarage unter dem Schillerplatz nicht in Frage komme, da mehr Stellplätze gleichzeitig auch mehr Verkehr bedeute, was unbedingt verhindert werden müsse, zumal die vorhandenen Stellplätze ihrer Auffassung nach ausreichend wären. Stattdessen solle mehr Grün und mehr Fläche für Fußgänger in die Planung integriert werden. Der Arsenalplatz solle autofrei werden, zumal für die wegfallenden Stellplätze längst Ersatz in der Wilhelmgalerie geschaffen worden sei. Die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages müsse ihrer Ansicht nach auf jeden Fall im Ausschuss diskutiert werden, so dass dieser nicht zugestimmt werden könne. In der Planung fehle die Einbeziehung der Fläche zwischen Bahnhof und Myliusstraße, die genau so aufgenommen werden sollte wie die stadtgestalterische Überplanung der Schillerstraße. Sie stellt abschließend in Aussicht, der Vergabe an das Büro Hupfer zuzustimmen.

Bevor über den Bau einer Tiefgarage entschieden werden könne, müsse unbedingt zunächst eine Untersuchung des Baugrundes durchgeführt werden, fordert Stadträtin **Steinwand**. Außerdem merkt sie an, dass der Zulauf zu den Geschäften in der Innenstadt sehr gut sei, obwohl der Marktplatz seit Jahren autofrei sei.

BM **Iik** geht auf die Wortmeldungen im Einzelnen ein und macht deutlich, dass es bei dieser Vorlage zunächst darum ginge, eine Verkehrsuntersuchung in Auftrag zu geben. Diese sei notwendig, um die anstehenden Entscheidungen treffen zu können.

Dies bestätigt auch Herr **Kurt**, dem es darum gehe, eine bestmögliche Entscheidungsgrundlage zu liefern. Leider sei dies mit den bisher erhobenen Daten und Zahlen nicht möglich. Daher werde mit der vorliegenden Beschlussvorlage die Vergabe einer Verkehrsuntersuchung empfohlen. Die inhaltliche Diskussion mit den zu fällenden politischen und programmatischen Entscheidungen würde sich dann diesem Schritt anschließen. Zur Auswahl der Büros räumt er ein, dass die Verwaltung hier offen sei. Das geforderte Bodengutachten zur Tiefgarage laufe parallel, so dass letztendlich nur die Überlegungen weiter verfolgt würden, die auch realisierbar seien.

Auf Anregung aus der Mitte des Gremiums stellt BM **Iik** den Vorschlag zur Abstimmung, statt dem Büro Hupfer Ingenieure GmbH das Büro IGV GmbH & Co.KG zu beauftragen.

Der Beschluss wird mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

öffentlich

---

**Beratungsverlauf:**

Der Bericht zum Städtebaulichen Ideenwettbewerb „Entwicklungsbereich Ost/Oßweil“ erfolgt durch Herrn **Grossmann** und Herr **Veselaj** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung)

Herr **Grossmann** führt die Vorl. Nr. 113/14 aus, beschreibt dabei den Prozessablauf des städtebaulichen Ideenwettbewerbs sowie die inhaltlichen Anforderungen, die dabei gestellt worden seien. Die Ausstellung, die hierzu im ehemaligen Autohaus an der Schorndorfer Straße stattgefunden habe, sei ein großer Erfolg gewesen, da über 600 Besucher die Möglichkeit genutzt hätten, sich zu informieren sowie ihre Anregungen und Bedenken vorzutragen. Zwischen der von den Büros vorgeschlagenen Bebauungsdichte und dem heute erlebbaren Landschaftsraum habe sich dabei ein besonderes Spannungsfeld herauskristallisiert. Im weiteren Verlauf informiert er das Gremium dezidiert über die darüber hinaus eingegangenen Bedenken und Anregungen.

Im Anschluss zeigt Herr **Veselaj** eine Tabelle, in der zu den einzelnen Entwürfen die Anmerkungen des Preisgerichtes denen der Öffentlichkeitsbeteiligung gegenübergestellt seien. Dabei beschränkt er sich analog zur Vorlage auf die Kernpunkte der Planung. Auf Bitte von Stadtrat **Lutz** sagt BM **Ilk** zu, den Mitgliedern des Gemeinderates zusätzlich die in der Sitzung präsentierte Gegenüberstellung zur Verfügung zu stellen.

Abschließend erläutert Herr **Grossmann** das weitere Verfahren, in dem die Anregungen an die Büros weitergegeben würden um dann anschließend über die überarbeiteten Planungen diskutieren zu können.

BM **Ilk** kündigt an, dass dann auch weitere Beratungen in den entsprechenden Gremien stattfinden. In der heutigen Sitzung ginge es weniger darum, die einzelnen Entwürfe im Detail zu diskutieren, sondern vielmehr darum, grundsätzliche Gedanken und Überlegungen hierzu zu äußern, um diese dann in die weitere Bearbeitung einfließen lassen zu können. Darüber hinaus räumt er den Mitgliedern des Gremiums die Möglichkeit ein, ihre Anregungen noch bis zum Anfang der nächsten Woche schriftlich einzureichen, um diese dann gesammelt an die Planungsbüros weiterzugeben.

Stadtrat **Lutz** wirft die Problematik auf, die mit der Zeitschiene des weiteren Vorgehens verbunden sei. Er befürchte, dass viel Wissen verloren gehe, wenn die Entscheidung erst im Juli vom neuen Gemeinderat getroffen würde. Unabhängig davon müsse dringend die verkehrliche Lösung mit eingearbeitet werden. In diesem Zusammenhang müsse der Themenkomplex Waiblinger Straße noch einmal diskutiert und dann auch entschieden werden. Die Dichte der Bebauung dürfe nach Ansicht seiner Fraktion nicht höher sein als drei Vollgeschosse plus Dach. Wichtig sei außerdem, die Vereine durch die Planung nicht in ihrer Funktion einzuschränken und den für das Gebiet wichtigen Bolzplatz unbedingt mit aufzunehmen. Insgesamt lasse sich festhalten, dass jeder Entwurf gute Anregungen enthalte und man deshalb eine Kombination empfehle.

Stadträtin **Liepins** leitet die Stellungnahme im Namen ihrer Fraktion mit der Feststellung ein, dass die Entwicklung des Sport und die Sicherung von Naherholungsflächen in diesem Bereich an erster Stelle stehe, wohingegen die Wohnbebauung nur eine untergeordnete Rolle spiele. Zur Bebauungsdichte merkt sie an, dass die Vorgabe der dreigeschossigen Bebauung gleichbedeutend sei mit drei Geschossen plus Dach, was in der Öffentlichkeit auch so kommuniziert werden müsse. Eine Bebauung bis hin zur Fuchshofstraße sei in ihren Augen nicht

öffentlich

---

denkbar - ebenso wenig wie Lärmschutzwände. Stattdessen müssten andere bauliche Maßnahmen unter Einhaltung des entsprechenden Abstandes gefunden werden. Insgesamt ließen die Entwürfe noch viele Fragen offen, die es von Seiten des Gremiums zu beantworten gäbe um diese Antworten dann den Planern an die Hand geben zu können. Andernfalls werde riskiert, dass Planungen entstünden, die zum Beispiel in Hinsicht auf Verkehrsflüsse und weiteren Vorgaben so nicht umsetzbar seien.

Stadträtin **Schneller** macht deutlich, dass die Planung nicht allen Wünschen und Bedürfnissen Rechnung tragen könne. Deshalb sei es wichtig sich zwischen der Weiterentwicklung des Sports und der Wohnbebauung zu entscheiden. Ihre Fraktion würde sich in diesem Fall dafür entscheiden, dem Sport und den Freizeitanlagen den Vorrang gegenüber der Wohnbebauung zu geben. Für die weiteren Entscheidungen sei es jedoch auch wichtig zu wissen, wie die Entwicklung der Oststadtschule aussehe. Genau so wie die Probleme berücksichtigt werden müssten, die die verkehrliche Situation mit sich bringe.

Die gezeigten Bilder veranschaulichten laut Stadtrat **Gericke** den aktuellen Zustand, der einen Handlungsbedarf begründe. Allerdings fänden sich in diesem Bereich auch schöne Schrebergärten und Grünflächen sowie attraktive Radwegeverbindungen. Die von Herr Veselaj und Herr Grossmann vorgestellten Ergebnisse aus der stattgefundenen Bürgerbeteiligung seien größtenteils sehr gut nachvollziehbar. Für seine Fraktion sei es wichtig, in diesem Dreiklang von Wohnen, Sport und Grün die Betonung eindeutig auf das Grün zu setzen. In diesem Zusammenhang verweist er auf den Antrag seiner Fraktion, Vorl. Nr. 255/05, auf die Schaffung eines Stadtparkes Ost und auf einen weiteren Antrag aus dem Jahr 2011. Er zitiere aus diesen Anträgen, um die Intension seiner Fraktion nach der Erhaltung des bereits vorhandenen Grüns und Schaffung von noch mehr qualitativ hochwertigen Grünflächen zu betonen. Die vorhandenen Wohnflächen sollten vor diesem Hintergrund lediglich arrondiert werden. Begrüßt werde, dass alle Planungen die Aussage trafen, dass die Erweiterung der Wohnbebauung ohne eine zusätzliche verkehrliche Erschließung funktionieren könne. Er schlägt vor, stattdessen über Alternativen mit Bus und Bahn nachzudenken, um die Verkehrssituation insgesamt verbessern zu können. Für seine Fraktion sei es immer wichtig gewesen, nicht nur den Lärm der Sportstätten auf die Wohnbebauung, sondern auch den Lärm der Friedrichsstraße zu berücksichtigen, weshalb sich seiner Meinung nach eine Grünbrücke über die Friedrichsstraße und weiterer Lärmschutz anbieten. Insgesamt sehe seine Fraktion in diesem Entwicklungsbereich eindeutig die Dominanz des Grünen.

Stadtrat **Dr. Jordan** freue sich darüber, dass sich das Gremium offensichtlich über die Fraktionen hinweg darüber einig sei, dass in diesem Bereich Sport und Grünflächen den Vorrang gegenüber der Wohnbebauung hätten. So läge auch die Priorität seiner Fraktion auf den öffentlichen Grünflächen und den vereinsgerechten Sportstätten und dann erst auf der Wohnbebauung. Zu der geplanten verkehrlichen Erschließung merkt er an, dass die Waiblinger Straße das Grün durchschneide. Dies sei eine Lösung, die so nicht gefalle weshalb dringend eine Entscheidung getroffen werden müsse, sobald die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung vorlägen.

Stadträtin **Burkhardt** bedankt sich bei der Verwaltung für die aufwendig durchgeführte Bürgerbeteiligung, die jedoch vor allem viel Kritik an der Bebauung mit sich gebracht habe. In dem Entwicklungsbereich stünde die Wohnbebauung der Nutzung des Sports entgegen. Die beiden Nutzungen passten nicht so gut zusammen, woran auch 6-8 m hohe Lärmschutzwände nichts änderten. Sie macht deutlich, dass die Grünplanung ganz klar Vorrang habe. Danach kämen die Sportstätten und dann erst die Wohnbebauung. Ihr gefalle, dass in die Planungen nun

öffentlich

---

auch die Klimafragen mit einbezogen werden sollten, wenn das eigentlich auch schon hätte früher geschehen müssen. Da ihrer Meinung nach alle drei Vorschläge entwicklungsfähig seien, würde sie ihre Stimme der Planung mit dem größten Grünanteil geben.

Stadtrat **Lettrari** zeigt sich erstaunt über die Diskussion über Grünflächen in einem Bereich, in dem jetzt Schrebergärten dominierten, die eher Schrottplätzen mit zerstörten Gewächshäusern glichen. Die angesprochenen Lärmschutzwände gebe es auch nicht und sie fehlten auch nicht. Wichtig sei ihm, die verkehrliche Erschließung zu überarbeiten, zumal die Oststraße nicht wie versprochen in die Planung aufgenommen worden sei.

Stadtrat **Juranek** regt an zu untersuchen, inwieweit der Berliner Platz über einen Fußgängersteg mit der Schule verbunden werden könne, wenn die Planungsalternative mit der Sporthalle in unmittelbarer Nähe zum Platz zum Tragen käme.

BM **Iik** beendet die Aussprache mit dem Hinweis, versuchen zu wollen, die Beschlussfassung hierzu noch mit dem amtierenden Gemeinderat vorzunehmen.

Abschließend lässt er über die Anträge zu diesem Tagesordnungspunkt abstimmen, die mit 14-Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen als erledigt erklärt werden.

öffentlich

---

**Beratungsverlauf:**

Mit dem Bericht zum Städtebaulichen Ideenwettbewerb „Entwicklungsbereich Ost/Oßweil“ ist der Antrag der FPD-Fraktion, Vorl. Nr. 694/06 erledigt.

öffentlich

---

**Beratungsverlauf:**

Mit dem Bericht zum Städtebaulichen Ideenwettbewerb „Entwicklungsbereich Ost/Oßweil“ ist der Antrag der SPD-Fraktion, Vorl. Nr. 567/09 erledigt.

TOP 2.3                    - Antrag des Stadteilausschusses vom 15.11.2011                    Vorl.Nr. 507/11

öffentlich

---

**Beratungsverlauf:**

Mit dem Bericht zum Städtebaulichen Ideenwettbewerb „Entwicklungsbereich Ost/Oßweil“ ist der Antrag des Stadteilausschusses Oßweil, Vorl. Nr. 507/11, erledigt

TOP 2.4                    - Antrag der SPD-Fraktion vom 10.04.2012                    Vorl.Nr. 146/12

öffentlich

---

**Beratungsverlauf:**

Mit dem Bericht zum Städtebaulichen Ideenwettbewerb „Entwicklungsbereich Ost/Oßweil“ ist der Antrag der SPD-Fraktion, Vorl. Nr. 146/12 erledigt

TOP 2.5                    - Antrag des Stadtrats Lettrari (Republikaner) vom                    Vorl.Nr. 608/12  
23.11.2012

öffentlich

---

**Beratungsverlauf:**

Mit dem Bericht zum Städtebaulichen Ideenwettbewerb „Entwicklungsbereich Ost/Oßweil“ ist der Antrag des Stadtrats Lettrari, Vorl. Nr. 608/12, erledigt

TOP 2.6                    - Antrag des Stadtrats Lettrari vom 13.12.2012                    Vorl.Nr. 633/12

öffentlich

---

**Beratungsverlauf:**

Mit dem Bericht zum Städtebaulichen Ideenwettbewerb „Entwicklungsbereich Ost/Oßweil“ ist der Antrag des Stadtrats Lettrari, Vorl. Nr. 633/12, erledigt

TOP 2.7

- Antrag des Stadtrats Lettrari vom 13.12.2012

Vorl.Nr. 634/12

öffentlich

---

**Beratungsverlauf:**

Mit dem Bericht zum Städtebaulichen Ideenwettbewerb „Entwicklungsbereich Ost/Oßweil“ ist der Antrag des Stadtrats Lettrari, Vorl. Nr. 634/12, erledigt

TOP 2.8

- Antrag des Stadtrats Lettrari vom 13.12.2012

Vorl.Nr. 635/12

öffentlich

---

**Beratungsverlauf:**

Mit dem Bericht zum Städtebaulichen Ideenwettbewerb „Entwicklungsbereich Ost/Oßweil“ ist der Antrag des Stadtrats Lettrari, Vorl. Nr. 635/12, erledigt.

**Beratungsverlauf:**

Die Planung der Außenanlagen des Kinder- und Familienzentrums Poppenweiler wird von Herrn **Koeber** und Herrn **Schübel** vom Landschaftsarchitekturbüro Koeber, Stuttgart, vorgestellt. Dabei wird das in der Vorl. Nr. 096/14 dargelegte Gestaltungskonzept anhand von Plänen veranschaulicht. Die geplanten Spielgeräte werden in Skizzen dargestellt.

Stellvertretend für seine Fraktion kritisiert Stadtrat **Meyer**, dass die vorgelegte Planung ohne ein entsprechendes Verkehrskonzept unvollständig sei. Zunächst müsse die Gesamtentwicklung feststehen um dann beurteilen zu können, ob die in dieser Sitzung zu treffenden Entscheidungen damit überhaupt im Einklang stünden. Darüber hinaus bemängelt er, dass die Angelegenheit zuerst im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt und erst anschließend im Stadtteilausschuss beraten werde. Außerdem müssten die in der Vorlage ausgewiesenen Projektkosten in Höhe von 200 €/m<sup>2</sup> in Frage gestellt werden, da diese im Vergleich zu Vorhaben des Zweckverbandes viel zu hoch seien, zumal die Vorarbeiten darin nicht berücksichtigt seien.

Stadträtin **Liepins** stellt richtig, dass sich der Antrag ihrer Fraktion Vorl. Nr. 002/14 nicht ausschließlich auf die Außenanlagen bezogen habe. Vielmehr sei es um die Gesamtsituation gegangen, die man mit Fragen nach möglichen Containerstandorten und der geplante Erschließung klären wollen. Ihrer Fraktion fehle das Gesamtkonzept, das hinter dieser Planung stehen müsse und außerdem zunächst mit dem Stadtteilausschuss hätte beraten werden sollen. Mit 200 €/m<sup>2</sup> seien die Kosten, die sonst eher bei 140 €/m<sup>2</sup> lägen, viel zu hoch. Ihre Fraktion fordere, dass zunächst eine Gesamtkonzeption unter Berücksichtigung der Anregungen aus dem Stadtteilausschuss vorgelegt werde und lehne daher eine Abstimmung zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Dem werde sich seine Fraktion anschließen, so Stadtrat **Glasbrenner**. Es gebe noch zu viele Konfliktpunkte, die zuvor bearbeitet werden müssten um zu vermeiden, dass ein heute gefasster Beschluss vielleicht falsch sein könne. Grundsätzlich rufe er zu mehr Sparsamkeit auf, sonst stünden der Stadt bald nicht mehr genug Mittel zur Verfügung, um ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Wenn also, wie in diesem Falle, Forderungen des KVJS vorlägen, so sollten diese zwar erfüllt, nicht aber noch übertroffen werden.

Stadtrat **Gericke** sieht ebenfalls noch sehr viele Fragen unbeantwortet und schließt sich insofern der Forderung nach einem Gesamtkonzept an. Wichtig sei aber auch, dass bei Inbetriebnahme des Kinder- und Familienzentrums die Außenanlagen fertiggestellt seien. Er warnt daher davor, den angestrebten Zeitplan zu sehr durcheinander zu bringen. Der vorgestellte Standard sei sicherlich nicht schlecht, was angesichts der Bedeutung der Maßnahme aber auch angemessen erscheine. Für ihn sei wichtig zu wissen, inwieweit die jetzige Planung weiteren Entwicklungen entgegenstehen könne.

Stadtrat **Dr. Jordan** schließt sich der Kritik an den hohen Kosten bzw. dem hohen Standard an und bemängelt ebenfalls, dass ein Verkehrskonzept für den Gesamtbereich fehle. Seien Fraktion könne der Vorlage deshalb so nicht zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** erkundigt sich, warum die Bauarbeiten nicht ausgeschrieben würden.

öffentlich

---

Zur Beantwortung der Fragen aus der Mitte des Gremiums nimmt zunächst Herr **Burkhardt** (FB Stadtplanung und Vermessung) zum Vorwurf des fehlenden Verkehrskonzeptes Stellung. Da die Erschließung und die Parkierung in der Tat essentielle Themen seien, habe man zunächst eine Verkehrsuntersuchung in Auftrag gegeben, deren Ergebnis ausführlich in der Sitzung des Stadtteilausschusses vorgestellt werde. Anhand einer System-Skizze zeigt Herr Burkhardt, wie demnach künftig die Parkierung und Erschließung erfolgen könne. Dabei seien auch die zusätzlich benötigten Parkierung beim späteren Bau einer Sporthalle und das regelmäßig stattfindende Ochsenfest berücksichtigt.

Frau **Preußner** (FB Tiefbau und Grünflächen) merkt hierzu an, dass es sich nicht um eine Interimslösung handle, sondern um eine Planung, die Schritt für Schritt umgesetzt werden könne.

Den mit der Schulleitung abgestimmten Standort für die Aufstellung der Container zeigt Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) anhand eines Lageplans. Außerdem merkt er an, dass nach jetzigen Erkenntnissen die Werkstatt Schill stehen bleiben könne.

Die Kostensituation erläutert Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen). Der Ansatz beruhe unter anderem darauf, dass darin die Planungskosten enthalten seien, die Maßnahme wegen der zu überwindenden Höheunterschiede relativ aufwendig sei und nur ausgewählte Spielgeräte vorgeschlagen worden seien. In diesem Bereich wäre seiner Meinung eine Einsparung denkbar. Er weist aber auch darauf hin, dass es wegen der guten Konjunktur eben auch nur wenige Anbieter gebe. Was den Zeitplan beträfe, so macht er darauf aufmerksam, dass es sich bisher um einen Entwurf handle und noch nicht um einen Ausführungsplanung. Wenn die Einweihung im Januar stattfinden solle, müsse die Ausschreibung noch vor den Sommerferien erfolgen.

An Herrn Burkhardt gewandt wirft Stadtrat **Meyer** ein, dass die Erschließungsplanung noch immer nicht das gesamte Areal umfasse. Im Stadtteilausschuss müsse er deshalb mit entsprechenden Fragen rechnen. Die Kostenhöhe sei für ihn auch nach der Argumentation von Herrn Kohler nicht nachvollziehbar und akzeptabel. Die ihm vom Zweckverband bekannten Kosten in Höhe von 144 €/m<sup>2</sup> seien aktuell und daher bei gleicher Konjunkturlage ermittelt und auch durch die Höhenunterschiede im Gelände seiner Meinung nach nicht zu rechtfertigen.

Diese Vergleichszahlen seien auch ihm bekannt, schließt sich Stadtrat **Lutz** an. Dabei habe es sich um eine Maßnahme des Zweckverbandes gehandelt, die in der Fläche sogar noch kleiner gewesen sei und bei der Quadratmeterpreis trotzdem deutlich unter dem Ansatz der Stadt gelegen habe.

Stadtrat **Juraneck** warnt vor der Heranziehung von Vergleichskosten, die unter Umständen nicht immer die gleiche Leistung beinhalteten.

Stadtrat **Gericke** spricht sich dafür aus, die Planung in Auftrag zu geben mit der Auflage, Einsparpotentiale zu prüfen.

Aufgrund der Diskussion schlägt **BM Iik** vor, den Entwurfs- und Baubeschluss bis nach der Beratung im Stadtteilausschuss zu vertagen, die Planungsleistungen aber zu vergeben und zwar mit der Maßgabe, die Planung in Fläche und Standard zu reduzieren. Er sagt zu, dass die von Frau Preußner und Herrn Burkhardt hierzu gezeigten Präsentationen dem Stadtteilausschuss für die Beratung zur Verfügung gestellt werden.

TOP 3

Kinder- und Familienzentrum Poppenweiler,  
Erdmannhäuser Straße 7-9, Außenanlagen  
Entwurfs- und Baubeschluss  
Vergabe von Planungsleistungen

Vorl.Nr. 096/14

öffentlich

---

Stadtrat **Glasbrenner** bezweifelt, dass ein solcher Beschluss, ohne Inhalt und finanziellen Umfang zu kennen, überhaupt gefasst werden könne und stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abschließend ruft BM **Iik** den Antrag von Stadtrat **Glasbrenner** zur Abstimmung auf, wonach der Tagesordnungspunkt vertagt werden solle, bis über die Außenanlagen des Kinder- und Familienzentrums Poppenweiler im Stadtteilausschuss beraten wurde.

Dieser Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

TOP 3.1

- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.01.2014

Vorl.Nr. 002/14

öffentlich

---

**Beratungsverlauf:**

Über den Antrag der SPD-Fraktion, Vorl. Nr. 002/14, wird im Zusammenhang mit dem Entwurfs- und Baubeschluss und der Vergabe von Planungsleistungen für die Außenanlagen des Kinder- und Familienzentrums Poppenweiler beraten.

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 3.

öffentlich

---

**Beschluss:***- abgelehnt***Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

**Beratungsverlauf:**

BM **Iik** verweist auf die Vorl. Nr. 094/14. Nachdem auf einen ergänzenden Sachvortrag seitens des Gremiums verzichtet wird, eröffnet er die Aussprache.

Unter Bezugnahme auf die im Zusammenhang mit den Außenanlagen des Kinder- und Familienzentrums Poppenweiler vorgebrachte Kostenkritik zeigt sich Stadtrat **Lutz** entsetzt über die in diesem Fall noch höher liegenden Projektkosten. Außerdem kündigt er an, dass seine Fraktion künftig Vergaben ohne vorherige Beteiligung Ludwigsburger Büros pauschal ablehnen werde, da diese zu wenig Berücksichtigung fänden.

Stadtrat **Juranek** begrüßt die schöne Planung, die er als üppig und damit auch als sehr kostenintensiv bezeichnet. Er bitte deshalb darum, sich künftig in solchen Fällen parallel Gedanken über mögliche Einsparpotentiale zu machen.

Stadträtin **Burkhardt** störe sich daran, dass sowohl bei diesem als auch bei den weiteren Tagesordnungspunkten immer gleichzeitig der Entwurfsbeschluss und der Baubeschluss gefasst werden solle und das, bevor eine Ausschreibung stattgefunden habe und die Kosten bekannt seien. Aus diesem Grund werde sie die Beschlussvorschläge ablehnen.

Zur Erklärung wirf BM **Iik** ein, dass es notwendig sei, vor einer Ausschreibung den Baubeschluss zu fassen.

Stadträtin **Schneller** gefalle zwar die Planung, halte sie aber für zu teuer. Schließlich müssten die vorhandenen Mittel gleichmäßig für alle eingesetzt werden.

Dem hält Stadträtin **Steinwand** entgegen, dass der Bedarf an einem Kinderspielplatz im Baugebiet „Neckarterrasse“ dringend sei und die Maßnahme deshalb vorangetrieben werden solle.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) sagt zu, die Anregung von Stadtrat **Juranek** aufzunehmen und zu prüfen, ob im Standard eventuell Einsparpotentiale vorhanden seien.

Frau **Preußner** (FB Tiefbau und Grünflächen) ergänzt, dass bei den Kostenschätzungen durchaus Vergleichskosten herangezogen würden und durchaus auch versucht werde, den Standard zu

öffentlich

---

senken, um die Kosten geringer zu halten. Allerdings müsse man dabei die Folgekosten berücksichtigen, die etwa bei billigeren Spielgeräten höher seien, da sie in der Regel schneller ausgetauscht werden müssten.

Abschließend stellt BM **IIk** die Vorlage zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Kinderspielplatz Heilbadweg wird nach den Plänen des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen umgestaltet und komplett saniert.

Der Auftrag zur Durchführung der landschaftsgärtnerischen Arbeiten zur Komplettsanierung des Kinderspielplatzes Heilbadweg in Hoheneck wird auf der Grundlage des Angebots vom 11.03.2014 an die Firma Fischer GmbH, Im Moldengraben 26, 70806 Kornwestheim, vergeben.

**Die Vergabesumme einschließlich 19 % Mehrwertsteuer beträgt:**

Angebotssumme (brutto)	116.061,59 €
<u>einschließlich Unvorhergesehenes (ca. 10 %)</u>	<u>11.938,41 €</u>

**Vergabesumme brutto** **128.000,00 €**

Hieraus ergeben sich Bruttobaukosten von ca. 172,-- €/m<sup>2</sup>.

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Nachdem seitens des Gremiums auf Sachvortrag und Abstimmung verzichtet wird, stellt BM Iik die Vorl. Nr. 108/14 zur Abstimmung.

**Beschluss:****1. Entwurfs- und Baubeschluss**

Die Außenanlagen zur Erweiterung der Kindertagesstätte Reichertshalde 51 werden entsprechend der Entwurfsplanung (vgl. Anlage 1) des beauftragten Planungsbüros Andreas Kicherer, Herwarthstraße 15, 71336 Waiblingen umgesetzt.

**Die Gesamtprojektkosten werden in Höhe von 335.000,-- € (brutto) genehmigt.**

**2. Vergabe von Planungsleistungen**

Die Vergabe der Planungsleistungen für die Außenanlagen zu o.g. Projekt (LP 1 - 3 und 5 - 9) an das Büro Andreas Kicherer, Herwarthstraße 15, 71336 Waiblingen wird genehmigt.  
Die Honorarsumme beträgt brutto ca. 56.000,-- €.

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

BM Iik verweist auf die Vorl. Nr. 091/14. Auf zusätzlichen Sachvortrag wird verzichtet.

Stadträtin **Burkhardt** bittet darum, über die Ziffern 1 und 2 getrennt abzustimmen.

Stadtrat **Glasbrenner** erinnert an eine frühere Aussage, wonach die Außenflächen im Falle einer Erweiterung der Kindertagesstätte wohl nicht ausreiche. Nun aber würden mit 12,5 m<sup>2</sup>/ Kind wiederum die Forderungen des KVJS übertroffen. In diesem Zusammenhang wolle er noch einmal darauf hinweisen, dass es nicht sein könne, dass manche alles und andere dafür nichts bekämen. Darüber hinaus bemängelt er, dass die Vergabe der Architektenleistung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt hätte beschlossen werden müssen.

öffentlich

---

Da es sich lediglich um eine Erweiterung handle, seien nach Ansicht von Stadträtin **Liepins** die hohen Kosten nicht nachvollziehbar.

Stadtrat **Gericke** erkundigt sich nach dem Biotop, das hätte erhalten werden müssen.

Auf den Einwand von Stadtrat Glasbrenner eingehend, macht Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) deutlich, dass die Vergabe der Planungsleistungen in der heutigen Sitzung erfolgen solle. Die Bauzufahrt erfolge über die nördliche Seite des öffentlichen Spielplatzes und werde bereits heute als Pflegezufahrt genutzt.

Hierzu ergänzt Frau **Preußner** (FB Tiefbau und Grünflächen) dass beim Anlegen dieser Bauzufahrt Rücksicht genommen werden müsse auf den vorhandenen Baumbestand. Aus diesem Grund sei es notwendig, das von Stadtrat Gericke angesprochenen Biotop zu versetzen. Dabei sei es möglich, die Molche umzusetzen.

Diese Lösung biete sich laut Herrn **Habermann** (FB Tiefbau und Grünflächen) auch deshalb an, weil anderenfalls das Biotop wegen der Gefahr für die unter dreijährigen Kinder hätte eingezäunt werden müsse. Zur vorgesehenen Nettospielfläche führt er noch aus, dass die Größe des Spielplatzes angemessen sei und eher die Vorgaben des KVJS als zu gering einzustufen seien.

Als Gründe für die relativ hohen Kosten nennt Frau **Preußner** den Untergrund, der wegen vorhandener Auffüllungen einen speziellen Aufbau notwendig mache sowie die Baustelleneinrichtungen und -flächen, die anschließend unter großem Aufwand wieder hergestellt werden müssten. Da durch die Erweiterungen die Zahl der Kinder zunehme, die Fläche gleichzeitig aber verdichtet werde sei es außerdem erforderlich, den Spielplatz vollkommen umzuplanen.

Stadtrat **Meyer** erinnert an die langen Diskussionen, die im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales um die Erweiterung der Kindertagesstätte in der Vergangenheit geführt worden seien. Lange habe man um eine gute bauliche und Freiflächenlösung gerungen. Von der Umsetzung des Biotops sei dabei nie die Rede gewesen. Er könne sich nicht damit einverstanden erklären, dass durch die mangelnde Abstimmung von Hoch- und Tiefbau im Ergebnis Mehrkosten entstünden.

Diesem Vorwurf schließt sich Stadtrat **Glasbrenner** an, nach dessen Meinung ursprünglich 200.000 € für die Außenanlagen angesetzt worden seien wo jetzt die Rede von 335.000 € sei.

Als Erklärung hierfür zeigt Frau **Preußner** den ursprünglich überplanten Bereich, der zwischenzeitlich vergrößert worden sei und komplett neu hergestellt werden müsse.

Herr **Kohler** weist außerdem auf den Haushaltsansatz für die Gartengestaltung, den Spielplatz und die Wiederherstellung der Straßenfläche hin, der ebenfalls bereits mit 340.000 € ausgewiesen worden sei.

Abschließend stellt BM **Iik** die Vorl. Nr. 091/14 getrennt nach Ziffer 1 und 2 zur Abstimmung.

TOP 7

Wohnpark Hartenecker Höhe, Cäsar-von-Hofacker-Anlage, BA 2

Vorl.Nr. 095/14

Vergabebeschluss der Tief- und Straßenbauarbeiten und der landschaftsgärtnerischen Arbeiten

öffentlich

---

### **Beschluss:**

Die Firma Link GmbH, in 70736 Fellbach, erhält den Auftrag zur Durchführung der Tiefbau-, Straßenbau- und landschaftsgärtnerischen Arbeiten für den 2. Bauabschnitt der Cäsar-von-Hofacker-Anlage im Baugebiet Hartenecker Höhe entsprechend den Plänen des Planungsbüros Planstatt Senner, Breitlestraße 21, 88662 Überlingen.

Die Vergabesumme beträgt einschließlich der Mehrwertsteuer

Angebotssumme (brutto)	761.918,04 €
+ Unvorhergesehenes / Aufrundung (ca. 10 %)	<u>78.081,96 €</u>
Vergabesumme	<b><u>840.000,00 €</u></b>

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium dann informiert, wenn die Überschreitung mehr als 25.000,00 € beträgt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

### **Beratungsverlauf:**

Nachdem vom Gremium weder Sachvortrag noch Aussprache gewünscht werden, lässt BM IIk über die Vorl. Nr. 095/14 abstimmen.

**Abweichender Beschluss:**

Dem Entwurf des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung (Anlage 2) zur Belagssanierung der Verkehrsfläche Bunzstraße wird zugestimmt, *jedoch ohne Parkierungsfläche im Platzbereich*. Der Entwurf ist Grundlage für die Ausschreibung der Bauleistungen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Um einen kurzen Überblick zu geben, stellt Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) anhand eines Luftbildes und Skizzen den Bestand sowie die Planung zur Sanierung der Bunzstraße vor. Kennzeichnend sei der kleine Platz in der Mitte, der wegen seiner asymmetrischen Form für die Planung als Windmühlenplatz bezeichnet worden sei und der momentan vor allem als Parkplatz diene. Insgesamt sei das Gebiet bereits relativ stark durchgrünt, jedoch sei der Zustand der Straße selbst sehr schlecht.

Weiter berichtet er über die am 10.03.2014 stattgefundenen Anliegerversammlung, bei der die Planung zunächst noch in zwei Varianten vorgestellt und mit den Anliegern diskutiert worden sei. Das Votum sei dabei eindeutig für die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs mit 7 km/h als Mischverkehrsfläche ausgefallen. Ein weiterer Aspekt in der Diskussion sei die Parkierung gewesen, die nach Ansicht der Anwohner möglichst erhalten werden sollte. Bei der Frage der Bepflanzung habe die Sorge im Vordergrund gestanden, dass zu große Bäume eine große Verschattungswirkung haben könnten. Deshalb hätten die Anwohner darum gebeten, möglichst kleinkronige Bäume zu pflanzen. Dieser Bitte könne mit dem für diesen Bereich vorgesehenen Judasbaum Rechnung getragen werden, so Herr Kurt weiter.

Was die Platzgestaltung angehe, so sei aus der Diskussion deutlich geworden, dass von den Anwohnern dort auch weiterhin Parken gewünscht sei. Auf eine Gestaltung des Platzes, zum Beispiel mit Bänken zur Steigerung der Aufenthaltsqualität, solle eher verzichtet werden, zumal befürchtet werde, dass sich der Platz dann als ein Treffpunkt etablieren würde, von dem Störungen ausgingen.

Nach Aussage von Herrn Kurt seien die Anregungen aus der Anliegerversammlung zwischenzeitlich in die Planung eingearbeitet. So sehe der Entwurf in beiden Abschnitten der Bunzstraße einen verkehrsberuhigten Bereich mit einer Mischverkehrsfläche, für die Bepflanzung kleinere Bäume mit ausreichendem Abstand zu den Fassaden und für den Platz Stellplätze vor. Damit stünden nach der Sanierung insgesamt sogar mehr öffentliche Stellplätze zur Verfügung als jetzt im Bestand. Für den Belag des Platzes würde man sich an die am Hohenzollernplatz und in der Silcherstraße verwendeten Materialien anlehnen.

Daraufhin wendet Stadtrat **Lutz** ein, dass er die Ludwigsburger Platte in diesem Bereich eher für ungeeignet halte. Wenn die Gestaltung des Platzes ohnehin nicht der ausdrücklich Wunsch der Anwohner sei und stattdessen Stellplätze geschaffen würden, könne nach Auffassung seiner Fraktion auf die Verwendung von Pflaster verzichtet werden. Stattdessen spreche man sich dann für die durchgehende Verwendung von Asphalt aus.

Stadtrat **Juraneck** macht deutlich, dass seine Fraktion mit der jetzt vorgelegten Planung nicht glücklich sei. In der Vorlage heiße es zwar, dass die Autos eine eher untergeordnete Rolle spielen sollten und stattdessen Wert auf eine gewisse Aufenthaltsqualität gelegt werde. Tatsächlich aber sei die Planung doch sehr autolastig und sehe mit 31 Stellplätzen für 15 Häuser zu viel Fläche für das Parken vor. Seine Fraktion könne daher nur zustimmen, wenn wenigstens der Platz autofrei und dafür mit Aufenthaltsqualität gestaltet werde.

Mit Blick auf andere anstehende Straßensanierung gibt Stadtrat **Glasbrenner** zu Bedenken, ob die Durchführung der Maßnahme überhaupt unbedingt notwendig sei. Wenn die Straße sicherlich auch nicht im allerbesten Zustand sei, so seien die Anwohner mit den jetzigen Verhältnissen soweit zufrieden und wollten die Sanierung gar nicht unbedingt.

Dem schließt sich Stadtrat **Gericke** für seine Fraktion insofern an, als dass überlegt werden müsse, ob dieser Aufwand für eine Straßenumgestaltung, die in erster Linie der Schaffung von Stellplätzen diene, überhaupt gerechtfertigt sei. Ansonsten gefalle die Planung ganz gut, wobei er sich auf dem Platz sehr gut einen großkronigen Baum vorstellen könne. Vielleicht könne zumindest auf die Verwendung des Pflasterbelags verzichtet werden. Ansonsten schließe sich seine Fraktion dem Anliegervotum an.

Stadtrat **Dr. Jordan** erkundigt sich, ob die Bunzstraße auch nach der Umgestaltung in einen verkehrsberuhigten Bereich Anliegerstraße bleibe. In diesem Fall bezweifle er, dass dort tatsächlich 31 Stellplätze gebraucht würden. Außerdem fragt er nach, ob sich die Stadtentwässerung an der Maßnahme beteiligt, nachdem ja gleichzeitig mit der Straßenbaumaßnahme auch der Abwasserkanal ausgewechselt werden solle.

Stadträtin **Burkhardt** gefalle an der Planung, dass die Straßenfläche zur Mischfläche werde. Allerdings empfinde auch sie die Anzahl der Stellplätze als zu hoch und spricht sich daher dafür aus, dass zumindest der Platz autofrei werde.

Nachfolgen beantwortet Herr **Kurt** die Fragen aus der Mitte des Gremiums und geht hierbei zunächst auf die Notwendigkeit der Maßnahme ein, die Teil des vom Gemeinderat beschlossenen Belag-Sanierungsprogramms sei. Der Straßenbelag in der Bunzstraße sei so schadhaft, dass der komplette Unterbau ausgetauscht werden müsse. Die Umgestaltung sei dabei eher eine begleitende Maßnahme, die relativ geringe Mehrkosten verursache. Die Notwendigkeit der Maßnahme insgesamt stehe für ihn außer Frage, das belegten die Zustandsaufnahmen der Kanäle und Leitungen, die in diesem Zuge unter Kostenbeteiligung der Stadtentwässerung Ludwigsburg (SEL) erneuert würden. Darüber hinaus würde der Teil der Maßnahme, der von den Stadtwerken veranlasst werde, auch von dort finanziert. Nach seiner Auffassung seien die Kosten für die Gesamtmaßnahme angemessen. Zur Frage der Stellplätze macht Herr Kurt deutlich, dass durch die Umgestaltung zur Mischverkehrsfläche die beidseitige Parkierung notwendig sei, um den fahrenden Verkehr abzubremsen. Ähnlich wie in der Silcherstraße schaffe dies gleichzeitig mehr Raum für den Fußgänger, der dadurch die komplette Verkehrsfläche anstatt nur einen schmalen Gehweg nutzen könne. Die Anregung aus der Mitte des Gremiums, den Platz autofrei zu halten, gefalle ihm gut, wenn auch die Anwohner mehr Stellplätze forderten. Allerdings sei es dann

wichtig, den Platz auch zu gestalten und Pflaster statt Asphalt zu verwenden. Die Straßenversion der Ludwigsburger Platte sei hierfür durchaus geeignet und nur unwesentlich teurer. Abschließend teilt er mit, dass die Bunzstraße auch nach der Umgestaltung Anliegerstraße bleibe.

Zur Frage der Kostenverteilung erläutert Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) die Beteiligung von Stadtwerken und Stadtentwässerung, wie sie auch sonst üblich sei. Außerdem berichtet er über den Zustand des über 90 Jahre alten Kanals, dessen Durchmesser zu gering sei und der unbedingt ausgetauscht werden müsse. Hinzu kämen die Gas- und Wasserleitungen bei denen ebenfalls dringender Sanierungsbedarf bestehe.

Auf den Einwurf von Stadträtin **Schneller**, dass es bei der Anwohnerversammlung der größte Wunsch gewesen sei, mehr Stellplätze zu erhalten, entgegnet **BM Iik**, dass auch ohne die Stellplätze auf dem Platz nach der Sanierung faktisch mehr Parkmöglichkeiten als zuvor zur Verfügung stünden. Bevor er zur geänderten Beschlussfassung aufruft, sagt **BM Iik** zu, die Anwohner über die Änderung zu informieren.

**Beschluss:****Baubeschluss**

Der Fahrbahnbelag der Frankfurter Straße im Bereich zwischen Rosenackerweg und Monreposstraße wird saniert.

**Vergabeabschluss**

Die Firma Lukas Gläser aus Aspach erhält den Auftrag zur Durchführung der Sanierungsarbeiten in der Frankfurter Straße.

Die Auftragssumme beträgt

Angebotssumme Straßensanierung Frankfurter Straße	165.785,00 €
+ Unvorhergesehenes ca. 8,5 %	<u>14.215,00 €</u>
<b>Vergabesumme</b>	<b><u>180.000,00 €</u> (brutto)</b>

Das Gremium wird informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Auf zusätzlichen Sachvortrag und auf eine Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet, so dass BM Iik die Vorl. Nr. 106/14 zur Abstimmung stellt.

öffentlich

---

**Beschluss:**

Folgenden Vergaben von Baugewerken wird zugestimmt:

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe inkl. 19 % MwSt. (Auftragssumme + 5 %)
1.	Tischlerarbeiten Einbaumöbel	Dreier GmbH Industriestr. 2 76473 Iffezheim	240.000 EUR
2.	Laborausstattung Fachräume	Wesemann GmbH Döbichauer Str. 1-3 04435 Schkeuditz	226.000 EUR

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke

**Beratungsverlauf:**

BM IIk verweist auf die Vorl. Nr. 109/14. Nachdem seitens des Gremiums auf einen weiteren Sachvortrag und auf eine Aussprache verzichtet wird, lässt er über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beratungsverlauf:**

Aus Zeitgründen wird der Bericht über die Aktivitäten zur Verbesserung des Stadtklimas verfragt.

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) berichtet über das städtische Immobilienportfolio im Zusammenhang mit der Suche eines Ersatzstandortes für die Obdachlosenunterkunft in der Gänsfußallee 33.

Eingangs informiert er darüber, dass das städtische Immobilienportfolio rund 320 Gebäude umfasst, die je nach Nutzung in verschiedene Cluster aufgeteilt seien. Hierfür bestünden sowohl externe als auch interne Mietverhältnisse. Darüber hinaus bestünde ein Leerstand in ca. 26 Objekten mit insgesamt rund 4.800 qm Nutzfläche. Dabei handle es sich teilweise um Wohnungen aber auch um Gewerbeflächen und Sonderbauten. Die Leerstandsquote betrage damit rein rechnerisch ca. 1,5 % und liege somit weit unter Durchschnitt. Bei der Betrachtung zu berücksichtigen sei immer auch der Grund des Leerstandes. So seien darunter Gebäude, die zum Abbruch oder zur Sanierung und Vermarktung anstünden oder Gebäude, die an die Wohnungsbau Ludwigsburg (WBL) übertragen werden sollten. Ziehe man diese strategischen Leerstände von der Gesamtsumme ab, so ergebe sich eine Leerstandsquote von lediglich 0,2 %. Wobei es sich dabei teilweise nicht um ganze Gebäude sondern lediglich um einzelne Nutzungseinheiten handle.

Im Zusammenhang mit der Suche nach einem Ersatzstandort für die Obdachlosenunterkunft erinnert Herr Weißer an die Standortuntersuchung vom September 2013, bei der unter anderem die Eignung des Grundstücks in der Kammererstraße geprüft wurde. Der dort vorgeschlagene Neubau erschien als zu teuer, woraufhin zwischenzeitlich einige weitere Alternativen untersucht worden seien, die jedoch aus verschiedenen Gründen schlussendlich alle nicht in Betracht gekommen seien. Als Ergebnis dieser intensiven Prüfung habe sich lediglich ein Grundstück an der Ecke Oscar-Walcker-Straße / Kammererstraße als geeignet herauskristallisiert. Anhand einer Skizze stellt Herr Weißer die Planung für einen möglichen Neubau dar und wendet sich mit der Frage an das Gremium, wie weiter verfahren werden solle.

Stadtrat **Lutz** bekräftigt seine frühere Aussage, in der er sich gegen einen Neubau ausspricht, da er fürchte, dass dieser später keine Verwendung mehr finde.

Da dies eine Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung sei, müsse sie nach Meinung von Stadträtin **Liepins** unbedingt zunächst in den Fraktionen beraten werden. Auf ihre Frage nach der Kündigung der Stadtwerke Ludwigsburg für das Gebäude in der Gänsfußallee nennt BM **Ilk** das Datum 30.10.2014, das nach Aussage von Herrn **Weißer** im Falle eines Neubaus nicht gehalten werden könne.

Stadtrat **Meyer** spricht sich ebenfalls für eine Beratung in den Fraktionen aus und erbittet hierfür eine entsprechende Vorlage mit den verbleibenden Alternativen.

Dem von Herrn Weißer vorgetragenen Untersuchungsergebnis widerspricht Stadträtin **Schneller**. Das Gebäude in der Bottwartalstraße werde von ihrer Fraktion anders beurteilt. Darüber hinaus spricht sie eine nach ihren Informationen bei der Stadtverwaltung laufende Bauvoranfrage für das Hotel Hoheneck an, das an den Landkreis zur Unterbringung von Asylbewerbern vermietet werden solle. Für sie stelle sich die Frage, ob hier für die Stadt nicht die Möglichkeit bestehe, einzugreifen. Des Weiteren erkundigt sich, ob die Stadt bei dem von Herrn Weißer angesprochenen Gebäude in der Marbacher Straße nicht ein Vorkaufsrecht hätte ausüben können. Eine letzte Frage gelte dem

TOP 12                      Städtisches Immobilienportfolio  
- Mündlicher Bericht  
- Obdachlosenunterkunft, Ersatzstandort für  
Gänsfußallee 33

öffentlich

---

Gebäude des DRK in der Alt-Württemberger-Allee, das von der WBL gekauft worden sei und das unter Umständen auch genügend freie Flächen biete.

Stadtrat **Gericke** unterstreicht die Dringlichkeit des Themas. Der früher geäußerte Widerspruch seiner Fraktion gegen den Neubau in der Kammererstraße habe sich weniger auf die Kosten als vielmehr auf die Lage im Gewerbegebiet bezogen. Insofern sei der heute vorgeschlagene Standort eher vorstellbar. Im Interesse der Stadtwerke, die die Büroflächen dringend brauchten, müsse eine schnelle Lösung gefunden werden und eventuell auch auf eine Zwischenunterbringung ausgewichen werden. Unter Umständen seien hierfür die am Sonnenberg zum Abbruch vorgesehenen Gebäude nutzbar.

Stadtrat **Lettrari** regt an, auch über die leerstehenden Wohngebäude in Grünbühl für die Unterbringung der Obdachlosen nachzudenken.

Einen weiteren Vorschlag bringt Stadtrat **Lutz** ein, der überlegt zu diesem Zweck Wohnungen der WBL in der Friedrichstraße zu erwerben.

Abschließend sagt BM **Iik** zu, die Anregungen zu sammeln und für eine weitere Beratung zusammen zu stellen und zu prüfen.

TOP 12.1                      - Antrag der FW-Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 465/13

öffentlich

---

### **Beratungsverlauf:**

Der Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 465/13 ist mit dem Bericht der Verwaltung zum städtischen Immobilienportfolio erledigt.

TOP 13                      Energieeinsparungen in städtischen Gebäuden

öffentlich

---

**Beratungsverlauf:**

Aus zeitlichen Gründen wird der Tagesordnungspunkt 13 „Energieeinsparung in städtischen Gebäuden“ und die damit im Zusammenhang stehenden Anträge der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 442/13, sowie der Stadträtin Burkhardt (LUBU), Vorl. Nr. 488/13 vertrag.

TOP 13.1                      - Antrag der CDU Fraktion vom 20.11.2013                      Vorl.Nr. 442/13

öffentlich

---

**Beratungsverlauf:**

Aus zeitlichen Gründen wird der Tagesordnungspunkt 13 „Energieeinsparung in städtischen Gebäuden“ und die damit im Zusammenhang stehenden Anträge der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 442/13, sowie der Stadträtin Burkhardt (LUBU), Vorl. Nr. 488/13 vertrag.

TOP 13.2                      - Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom                      Vorl.Nr. 488/13  
20.11.2013

öffentlich

---

**Beratungsverlauf:**

Aus zeitlichen Gründen wird der Tagesordnungspunkt 13 „Energieeinsparung in städtischen Gebäuden“ und die damit im Zusammenhang stehenden Anträge der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 442/13, sowie der Stadträtin Burkhardt (LUBU), Vorl. Nr. 488/13 vertrag.

**Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe Protokoll der Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 03.04.2014

-----  
**Unterschriften:**

**Vorsitz:**

**Schriftführung:**

**Mitglieder:**

**BM Iik**

**Häfner**

**Gemeinderatsprotokoll – Versand:**